

Nachrichten

Mitgliederzeitung der FDP. Die Liberalen für die Bezirke Winterthur und Andelfingen Ausgabe 3/2020

Querung Grüze Ja zum zentralen Element der künftigen ÖV-Strategie

von Romana Heuberger, Gemeinderätin/Mitglied Kommission Bau und Betriebe



Am 29. November 2020 stimmt die Bevölkerung der Stadt Winterthur über einen Kredit von 59,4 Mio. für den Bau der Querung Grüze zu Lasten der Investitionsrechnung des allgemeinen Verwaltungsvermögens ab. Voraussichtlich wird sich der Kanton Zürich mit 35,9 Mio. aus dem Strassenfonds und der Bund mit 21,6 Mio. Franken aus dem Agglomerationsprogramm an diesem Projekt beteiligen, womit für die Stadt Winterthur noch Investitionen von rund 5 Mio. Franken verbleiben. Der Winterthurer Gemeinderat hat der geplanten Querung Grüze mit 48 Ja zu 5 Nein bei einer Enthaltung klar zugestimmt. Die Parteimitglieder der FDP stimmten der Vorlage an der Parteiversammlung vom 13. Oktober 2020 mehrheitlich zu.

Projekt zentral für Entwicklung in Neuhegi-Grüze

Neuhegi-Grüze befindet sich in einer dynamischen Veränderungs- und Wachstumsphase. Gemäss städtischer Planung verfügt das Gebiet über weitere Entwicklungsflächen für rund 10'000 zusätzliche Arbeitsplätze und 3'000 Bewohnende. Zentrale Voraussetzung zur Entwicklung dieses Gebiets ist ein gut funktionierendes Verkehrssystem für alle Verkehrsteilnehmer. Der Bahnhof Grüze erhält etappiert ab 2035 bis 2050 ein S-Bahn-Angebot vergleich-

bar mit dem des Winterthurer Hauptbahnhofs. Ein wichtiger Bestandteil dieses Leistungsausbaus ist die Realisierung des Bahnhofs „Grüze Nord“, dessen Finanzierung (12,9 Mia. Franken) das Bundesparlament im Juni 2019 im Rahmen des Agglomerationsprogrammes bewilligt hat.

Gesamtprojekt dient zur Entlastung des HB

Die geplante Brücke über die SBB-Geleise beim Bahnhof Grüze zwischen der St. Gallerstrasse und der Sulzerallee ist Teil des ÖV-Hochleistungskorridors Töss-Hauptbahnhof-Neuhegi. Sie schafft Umsteigemöglichkeiten von städtischen wie regionalen Busverbindungen auf S-Bahnverbindungen von und nach Zürich und wird damit zur zentralen Verkehrsdrehscheibe von Bahn und Bus in diesem Gebiet. Die Brücke bildet somit eine wesentliche Grundlage zur Weiterentwicklung des Stadtgebietes Neuhegi-Grüze. Das Gesamtprojekt soll zudem den Winterthurer Hauptbahnhof, welcher bereits heute an seiner Kapazitätsgrenze angelangt ist, massgeblich entlasten.

Wesentliche Elemente zur Verkehrserschliessung fehlen

Im Projekt nicht enthalten sind die noch fehlende Veloquerung Grüze, welche Teil der Veloschnellroute Neuhegi-Grüze bis Stadtzentrum ist, und die gemäss ersten Schätzungen Kosten von rund 20 Mio. Franken verursachen wird. Ursprünglich war geplant, die Veloerschliessung ebenfalls mit der Querung Grüze zu realisieren. Die Querung ist jedoch aufgrund der gegebenen Rahmenbedingungen zu steil und zu schmal geworden. Eine Velospur konnte nur auf einer Seite der Brücke umgesetzt werden. Ebenso fehlt der Anschluss der Brücke an die St. Gallerstrasse. Dort sind punktuelle Anpassungen notwendig und es wird eine Busspur

Fortsetzung Seite 2

Volksabstimmung vom 29. November 2020

Kommunale Abstimmung

Querung Grüze Ja

Eidgenössische Vorlagen

Unternehmensverantwortungs-Initiative (UVI) Nein

Initiative „Für ein Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten“ Nein

Inhalt Ausgabe 3/2020

Eidgenössische Abstimmung	2-3
Aus der Fraktion	3-4
JFW	5-6
Aus der FDP Winterthur	6
Aus dem Bezirk Andelfingen	7
Veranstaltungshinweise	8

Gemeinderatswahlen 2022

Die FDP Winterthur will auch in der kommenden Legislaturperiode 2022 bis 2026 eine starke Deputation im Grossen Gemeinderat (GGR) haben. Die Suche nach Kandidatinnen und Kandidaten ist angelaufen. Ziel ist eine nach Berufen, Alter, Geschlecht und Quartieren ausgewogene Liste von 60 Kandidatinnen und Kandidaten. Wenn Sie sich im Gemeinderatswahlkampf engagieren und als Botschafterin oder Botschafter für die FDP mitwirken wollen, melden Sie sich bei Ihrer Sektionspräsidentin bzw. bei Ihrem Sektionspräsidenten oder bei der Stadtpartei (info@fdp-winterthur.ch oder d.klaey@s-gv-usam.ch). Die amtierenden Gemeinderatsmitglieder geben ebenfalls gerne Auskunft zur Arbeit im Gemeinderat.

hin zum Knoten St.Galler-/Grüezfeldstrasse realisiert. Diese Massnahmen werden als separates Projekt aufgelegt, für das noch keine Kostenschätzung vorliegt.

Aus Freisinniger Sicht besonders störend ist, dass für die MIV-Erschliessungsstrasse, welche im Städtischen Gesamtverkehrskonzept 2010 verankert und seit 2014 im Richtplan eingetragen ist, bisher weder ein Zeitplan noch ein Vorprojekt, geschweige denn eine konkrete Umsetzungsvorlage vorliegt. In der Gemeinderatsdebatte über die Querung Grüze wurde die Strasse von einigen GGR-Mitgliedern bereits in Frage gestellt, während der Stadtrat immer noch betont, dass er an der Erschliessungsstrasse Neuhegi-Grüze für den motorisierten Individualverkehr (MIV) als wichtigem Bestandteil zur Verkehrserschliessung von Neuhegi-Grüze festhält.

Die FDP-Fraktion ist der Meinung, dass nach zehnjähriger Planung das vorliegende Projekt Querung Grüze als wesentliches Element der künftigen ÖV-Strategie und als wichtige Voraussetzung für die erfolgreiche Weiterent-



Geplante Bus-Querung Grüze (Quelle: Stadt Winterthur, 2020)

wicklung des Stadtgebietes Neuhegi-Grüze gebaut werden soll und empfiehlt deshalb

den vorliegenden Investitionskredit von 59,4 Mio. Franken ebenfalls zur Annahme.

Volksabstimmung vom 29. November 2020

von Dieter Kläy, Kantonsrat und Präsident FDP Winterthur



Nein zur Unternehmensverantwortungs-Initiative

Die Unternehmensverantwortungs-Initiative (UVI) fordert eine Haftung für alle Auslandstätigkeiten eines Unternehmens mit Beweislastumkehr - bis hin zum letzten Zulieferer. Auch die kleinen und mittelgrossen Unternehmen (KMU) haften ohne Ausnahme für wichtige Lieferanten. Damit stellt die UVI alle Unternehmen unter einen Generalverdacht und entfesselt ein regelrechtes Bürokratiemonster, das tausende von KMU in den Ruin treiben

könnte. Ausgerechnet die Linken, allen voran die SP, welche sich während der Corona-Krise als vermeintliche Retterin von Gewerbe und Selbständigen inszenierte, greift mit der UVI die Unternehmen pauschal an. Die riesige Mehrheit der Schweizer Unternehmen verhält sich im Ausland korrekt und verantwortungsvoll. Die geforderte Haftungsbestimmung bezieht sich nicht nur auf international tätige Konzerne, sondern auf alle Schweizer Unternehmen – insbesondere die KMU, die 99.7 Prozent der Schweizer Unternehmenslandschaft ausmachen. Kann ein Unternehmen im Zweifelsfall nicht nachweisen, dass es seine Geschäftspartner lückenlos überwacht hat, haftet es ohne eigenes Verschulden für das Vergehen des anderen. Damit löst die UVI einen Domino-Effekt aus. Die Unternehmen werden sich absichern und eigene Überwachungspflichten und Haftungsrisiken über «Back-to-back»-Verträge an ihre Geschäftspartner weitergeben. Gewerbe und Industrie droht damit ein juristisches Schwarzer-Peter-Spiel, unendliche Bürokratie und hohe Rechts- und Versicherungskosten. Vor allem die geforderten Überwachungs- und Kontrollpflichten der gesamten Lieferkette sind aufwändig und kostenintensiv. Dieser Zusatzaufwand ist gerade für KMU kaum umsetzbar,

treibt die Preise in die Höhe und schwächt ihre Position im internationalen Wettbewerb – ausgerechnet jetzt, wo viele Unternehmen in der Wirtschaftskrise ohnehin um ihr Überleben kämpfen müssen. Die FDP lehnt die UVI ab. Es braucht keine zusätzliche Haftungsklausel.

Nein zur UVI heisst Ja zum Gegenvorschlag
Nicht nur die FDP, sondern auch Bundes-, National- und Ständerat lehnen die extreme Umverteilungs-Initiative entschieden ab, weil diese über das Ziel hinauschießt und ein zu grosses Experiment darstellt. Gleichzeitig hat das Parlament aber auch einen indirekten Gegenvorschlag beschlossen, der automatisch in Kraft tritt, wenn die Volksinitiative abgelehnt wird. Somit liegt für den Abstimmungskampf eine Alternative zur Initiative vor, die auch von der Wirtschaft unterstützt wird. Der Gegenvorschlag folgt der internationalen Entwicklung, schafft mehr Verbindlichkeit für die Unternehmen, führt aber zu keiner schweizerischen Sonderregelung, die unserem Wirtschaftsstandort unnötig schaden würde. Der beschlossene Gegenvorschlag ist zukunftsgerichtet und kombiniert die fortschrittlichsten europäischen Regulierungen. Die

Alternative zur Initiative setzt auf international bewährte Instrumente und verhindert eine Schweizer Sonderregulierung. Letztlich schafft der Gegenvorschlag die gewünschte Verbindlichkeit für Unternehmen, ohne eine experimentelle, weltweit beispiellose Haftung mit Beweislastumkehr einzuführen.

Der Gegenvorschlag bringt weltweit moderne und strengste Regulierung zur Verantwortung von Unternehmen in ihren Lieferketten. Bisher freiwillige Massnahmen werden für Unternehmen gesetzlich verankert:

- > Transparenzpflichten
- > spezielle Sorgfaltsprüfungspflichten (Kinderarbeit, Konfliktmineralien: Zinn, Tantal, Wolfram und Gold)
- > Strafbarkeit und Bussen bei der Verletzung der Pflichten

Der Gegenvorschlag schafft mehr Verbindlichkeit zur Respektierung internationaler Standards durch grenzüberschreitend tätige Unternehmen (insbesondere OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen und die UNO Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte).

Er kombiniert die fortschrittlichsten Regulierungen der Welt in einem international abgestimmten Konzept, das bei Bedarf weiterentwickelt werden kann.

Er verhindert einen Schweizer Alleingang durch die Einführung einer weltweit beispiellosen extremen Sonderregulierung mit ungewissem Ausgang und schafft eine sofort umsetzbare Alternative. Das bringt Planungssicherheit und klare Vorgaben für unsere Unternehmen – im Gegensatz zur Initiative, die erst noch in langwierigen parlamentarischen Debatten umgesetzt werden muss.

Nein zur Initiative „Für ein Verbot der Finanzierung der Kriegsmaterialproduzenten“

Die Volksinitiative «Für ein Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten» verlangt, dass der Schweizerischen Nationalbank (SNB), Stiftungen sowie Einrichtungen der staatlichen und beruflichen Vorsorge die Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten untersagt werden soll. Als Kriegsmaterialproduzenten definiert die vorgesehene Verfassungsbestimmung Unternehmen, die mehr als fünf Prozent ihres Jahresumsatzes mit der Herstellung von Kriegsmaterial erwirtschaften. Der Bund soll sich ausserdem auf nationaler und internationaler Ebene dafür einsetzen, dass für Banken und Versicherungen entsprechende Bedingungen gelten. Das von der Initiative angestrebte weltweite Finanzierungsverbot ist nicht realistisch, da ihre An-

nahme keinen Einfluss auf die weltweite Waffenproduktion hätte. Sie international wirkungslose Initiative hätte aber viel mehr negative Auswirkungen auf die Schweiz, weil ihre Annahme die Investitionsmöglichkeiten der Pensionskassen und der AHV/IV stark einschränken würde. Die damit verbundenen höheren Verwaltungskosten und Anlagerisiken sowie längerfristig geringeren Renditeaussichten würden sich letztlich negativ auf die Altersrenten auswirken. Die Einschränkung der Investitionsfreiheit von Banken und Versicherungen würde zudem den Schweizer Finanzplatz schwächen. Zudem dürften bei der Umsetzung des Finanzierungsverbots für Schweizer Banken auch KMU keine Kredite mehr von ihrer Hausbank erhalten, wenn sie gemäss den strengen Kriterien der Initiative als Kriegsmaterialproduzenten gelten. Dies könnte zahlreiche KMU der Maschinen-, Elektro- und Metall-Industrie (MEM-Industrie) betreffen, die teilweise als Zulieferer von Rüstungsunternehmen tätig sind. Wird diesen KMU der Zugang zu Krediten erschwert, können sie weniger investieren. Dadurch verlieren sie an Wettbewerbsfähigkeit. Schliesslich gehen Knowhow und Arbeitsplätze verloren. Die FDP lehnt auch diese widersinnige Forderung aus der Küche der GSoA – Gruppe Schweiz ohne Armee – ab.

Note ungenügend: Stadtrat beantwortet Postulat „Arbeit statt Fürsorge“

von Urs Bänziger, Kantonsrat und Präsident FDP Winterthur



Im Gemeinderat wurde die Antwort des Stadtrats zum Postulat von David Schneider, welches er mit 27 Mitunterzeichnerinnen und Mitunterzeichnern im Mai 2017 einreichte, diskutiert.

Das Postulat forderte ein Umsetzungskonzept damit besonders jüngere Sozialhilfebezügler für den Arbeitsmarkt vermittelbar bleiben und somit die Steuern nicht langfristig belasten. Beschäftigungen wie Busreinigungen, Reini-

gung des öffentlichen Raums, Unterstützung von Gross anlässen und Seniorenbetreuung waren als Beispiele angedacht. Der Auslöser des Postulats war die anhaltend steigende Sozialhilfequote bei den 18-25-Jährigen und die wenig überzeugenden Bemühungen der städtischen Arbeitsintegration.

Die Antwort des Stadtrats enttäuscht. Obwohl er explizit anerkennt, dass gerade für jüngere Sozialhilfebeziehenden eine Tagesstruktur und regelmässige Beschäftigung sinnvoll ist, moniert er, dass „Arbeit statt Fürsorge“ veraltet wäre und heute „Arbeit dank Bildung“ im Vordergrund stünde. Die FDP-Fraktion erteilt der Antwort des Stadtrats die Note ungenügend.

Winterthur belegt in der BFS Sozialhilfestatistik den 11. von 14 Rängen der grössten Städte in der Schweiz. In den letzten 9 Jahren sind wir abgestiegen, so haben uns die Städte Bern, Zürich und auch Schlieren überholt. Weil der Stadtrat keine Zahlen zum Erfolg

oder Misserfolg seiner Arbeitsintegrationsmassnahmen liefert, ist dies leider die einzige verlässliche Controlling-Statistik.

Von 2001 bis 2019 nahm die Anzahl der von Sozialhilfe betroffenen Menschen um 217% auf 4'347 zu. Der Netto-Aufwand stieg in derselben Zeit um satte 331% auf 61 Millionen Franken, währenddessen die Bevölkerung um 26% wuchs.

Eine funktionierende und effektive Arbeitsintegration ist nebst der Schaffung von Arbeitsplätzen, ermöglicht durch attraktive Bedingungen für Unternehmen in der Stadt, der wesentliche Erfolgsfaktor. Die FDP-Fraktion fordert eine detaillierte Auslegeordnung und ein Umsetzungskonzept für eine bessere Arbeitsintegration.

Happige Steuererhöhung als Konsequenz links-grüner Politik— Das Ende der Fahnenstange nicht in Sicht

Wer etwas näher an der Politik ist, dürfte kaum über die happige Steuererhöhung erstaunt sein, die nun beantragt wird. Ein mehrheitlich links-grüner Stadtrat, der als eine der ersten Massnahmen substantielle Teile des Sparprogramms Effort14+ rückgängig macht, seit Jahren schlechte Finanzprognosen publiziert und die Staatsquote trotzdem überproportional steigen lässt sowie auch keinen nach Aussen erkennbaren Plan zur Kostendämmung entwickelt, musste früher oder später mit einer Steuererhöhung kommen.

Das Besorgniserregendste daran ist, dass mit derselben Haltung das Ende der Fahnenstange selbst bei einem Steuerfuss von 129% noch lange nicht erreicht sein wird. Denn auch mit einem Steuerfuss von 129% ist bei Beibehaltung des aktuellen Ausgabenwachstums noch keine Klimamassnahme, kein zweites Schwimmbad, keine Massnahme zur Erhöhung der Verkehrskapazität finanziert und auch ein Schuldenabbau findet nicht statt. Die stadträtlichen Erklärungen greifen zu kurz: Das Bevölkerungswachstum der Stadt beträgt rund 1% pro Jahr; die Personalkosten und die Anzahl Stellen in der Verwaltung steigen aber relativ konstant jährlich um 2.5-

3%. Bezüglich Steuerbelastung ist Winterthur nicht primär in Konkurrenz mit Bern und Neuchâtel, sondern mit Seuzach, Brütten, Wiesendangen bei natürlichen Personen und dem Glatttal, Uster, Zürich, Zug und Frauenfeld bei juristischen Personen. Weiter mögen zwar rund 80% der Ausgaben Dienstleistungen betreffen, die gesetzlich vorgeschrieben sind. Damit ist aber primär das «Ob», aber nicht das «Wie» der Leistungserbringung definiert. Es besteht somit auch in den sog. «gebundenen» Ausgaben ein Handlungsspielraum, wie der Stadtrat richtigerweise auch in der Weisung selber ausführt. Die Aussage, dass der Stadtrat diesen Handlungsspielraum nutzen will, wäre wesentlich glaubwürdiger, wenn man hierzu heute bereits konkrete Pläne aufzeigen könnte. Die Sorgenkinder sind nämlich schon seit Jahren bekannt – Zeit genug, um konkrete Massnahmen aufzugleisen oder zumindest einen überzeugenden Plan zu präsentieren.

Aufgrund einer ersten Lektüre der Budgetweisung, stellen sich weiter einige Detailfragen, welche im Verlaufe der nächsten Wochen sicherlich noch diskutiert werden müssen:

- Weshalb werden die Einnahmen aus den Grundstückgewinnsteuern derart massiv

höher budgetiert als in den Vorjahren?

- Weshalb sind die Prognosen für die Jahre 2022 und 2023 trotz Corona wesentlich besser als noch im Budget 2020?
- Ist es angebracht, zur Beschönigung des Ergebnisses kurzerhand CHF 8 Mio. aus der Parkhausreserve zu entnehmen und auch die Ablieferungen des gebührenfinanzierten Stadtwerks an die Stadt zukünftig erhöhen zu wollen?

Ist es nicht zu optimistisch, den erhöhten kantonalen Anteil an den Zusatzleistungen bereits ab dem Jahr 2021 sowie einen noch in weiter Ferne schwebenden zusätzlichen Soziallastenausgleich bereits ab dem 2024 zu budgetieren?

Für die FDP Fraktion ist eine derart massive Steuererhöhung ohne erkennbaren Plan auf der Ausgabenseite ein desaströses Signal an die ohnehin schon angeschlagene Winterthurer Wirtschaft und dürfte mit dieser Signalwirkung längerfristig finanziell mehr Schaden anrichten als nützen.

FDP Fraktion im Grossen Gemeinderat Winterthur

Ende des Trauerspiels um öffentliche Beleuchtung

von Romana Heuberger, Gemeinderätin

Mit der Schaffung der Produktegruppe «Öffentliche Beleuchtung» im Departement Technische Betriebe hat der Gemeinderat die seit 2013 andauernde Auseinandersetzung um die Finanzierung der öffentlichen Beleuchtung in der Stadt Winterthur endlich beendet. Die Beleuchtung wird nun definitiv durch Steuermittel finanziert und die Einführung einer neuen Gebühr ist endgültig vom Tisch.

Bereits 2015 hielt der Bezirksrat fest, dass die Strassenbeleuchtung zwingend durch den allgemeinen Steuerhaushalt finanziert werden muss. Trotzdem führte der Gemeinderat im Rahmen des Sparprogramms effort14+ nochmals eine neue Gebühr ein. Gespart hätte man damit freilich gar nichts.

Diese neue Gebühr bekämpfte ich zusammen mit einigen engagierten Winterthurerinnen und Winterthurerern sowohl politisch mit einer Online-Petition als auch rechtlich. Dies insbe-

sondere deshalb, weil sie per Definition gar keine Gebühr war, sondern de facto eine Steuer auf dem Strombezug darstellte und weil die Vermischung des gebühren- und steuerfinanzierten Haushaltes zu mehr finanzieller Intransparenz geführt hätte. Mit dem nun gefällten Entscheid des Gemeinderates sind wir am Ziel.

Doch wir stehen bereits wieder vor harten Budgetverhandlungen. Ich hoffe sehr, dass mit dem aktuellen Entscheid auch sämtliche künftigen Versuche, hoheitliche staatliche Aufgaben in den gebührenfinanzierten Bereich zu verlagern, im Keim erstickt werden.

WIR SIND NEUTRAL KLIMA-NEUTRAL

ROHNER SPILLER
DRUCKEN MIT FORMAT

ROHNER SPILLER AG
TECHNIKUMSTRASSE 74
8400 WINTERTHUR



Rohner Spiller – die erste komplett
klimaneutrale Digitaldruckerei in
der Region Winterthur.

Hochmut kommt vor dem Fall

von Raphael Perroulaz, Präsident Jungfreisinnige Winterthur und Gemeinderat FDP



Ob man will oder nicht: Die linke Mehrheit im Stadtrat kann sich leider schlicht alles erlauben. Die Regierung setzt den Fokus natürlich vor allem auf Projekte nach ihrem politischen Gusto. So macht - um ein konkretes Beispiel zu nennen - eine verkehrsberuhigte Stadthausstrasse für eine höhere Aufenthaltsqualität zwischen Altstadt und Stadtgarten durchaus Sinn und hat wohl auch in der FDP viele Sympathien. Was jedoch völlig sinnlos erscheint, ist eine allzu rasche Umsetzung einer «provisorischen Umgestaltung» für aber trotzdem 600'000 Franken. Das definitive Gestaltungskonzept folgt nämlich erst in rund 4 Jahren. Ein solcher Strassenraum am Rande der Altstadt sollte vielen Ansprüchen an Ästhetik und Nutzung genügen und ruft deshalb nach einem seriösen Planungsverfahren ohne Schnellschussprovisorium. Gerade aber die Einführung einer Tempo-30-Zone, die Beschränkung des Autoverkehrs und Aufhebung von für das Gewerbe wichtigen Parkplätzen sind als symbolpolitische Statements erklärterweise zuoberst auf der rotgrünen Agenda und «müssen» deshalb auch möglichst rasch

umgesetzt werden. Macht will ja ausgenützt sein...

Auch ein nachhaltiger Umgang mit den Stadtfinanzen scheint vergessen zu gehen. Und wie bereits gesagt: Eine solche Mehrheit kann sich einfach alles erlauben. So präsentierte der Stadtrat Anfang Oktober ein ziemlich erschreckendes Budget 2021. Von bürgerlicher Seite wurde bereits eine Steuerfusserhöhung erwartet. Doch die Erhöhung von heute 122 auf 129 Prozent schockiert und steht in keinem Verhältnis zu den Interessen und Bedürfnissen eines attraktiven Wohn- und Wirtschaftsstandortes Winterthur. Selbstverständlich darf eine attraktive Stadt ihren Preis haben, doch mit der Erhöhung um 7 Prozentpunkte wird die Schmerzgrenze noch deutlicher strapaziert und ist für alle Steuerzahlenden Private sowie Unternehmen ein Hohn. Bereits der Wegzug zweier bedeutender Hauptsitze geschah vorwiegend aus steuerlichen Gründen. Hierzu fällt ein Zitat von Sir Winston Churchill ein - bürgerliche Herzen werden zustimmend nicken: *«Manche halten den Unternehmer für einen räudigen Wolf, den man totschlagen müsse. Andere sehen in ihm eine Kuh, die man ununterbrochen melken könne. Nur wenige erkennen in ihm das Pferd, das den Karren zieht.»* Die Stadt jedenfalls übersieht diesen Gaul scheinbar zusehends. Statt die hohen jährlichen Ausgaben nämlich kritisch zu hinterfragen, schafft man mit Mehreinnahmen an Steuern sogar noch einen Gewinn! Und die geplante Stellenaufstockung um rund 80 Stellen zeugt geradezu von Verschwendungssucht - in Zeiten von Corona erst recht ein ziemlicher Affront. Service Public stellt schliesslich keinen Selbst-

zweck dar. Die Stadtverwaltung personell derart aufzustocken ist auch nicht sonderlich innovativ, sondern überdeckt nur ein eigentliches Problem, nämlich die grösstenteils mangelhafte Digitalisierung. Die technologischen Standards hinken weit hinterher und es fehlt an Motivation zur Modernisierung. Und wenn die Stadt etwas digitaler wird, dann so: Beinahe gleichzeitig mit der Kommunikation des Budgets hat die Stadt auf Facebook drei Videos publiziert, welche als Marketing-Propaganda die Steuererhöhung zu rechtfertigen versuchen. Die Kommentare dort und auch zu Beiträgen in den Lokalmedien sprechen eine ziemlich eindeutige Sprache... Die Linken sehen sich gerne als visionäre Schaffer, nur fallen sie allzu oft auch als Schaffer von Symbolpolitik auf, wie auch die Vergabe des mit immerhin 10'000 Franken dotierten Winterthurer Jugendpreises an die Organisatoren des Klimastreiks vor etwa einem Jahr klar gezeigt hat. Diese Preissumme ist zwar nicht budgetrelevant, doch statt sich mit wirklich konstruktiven Problemlösungen zu beschäftigen, setzte die bereits damals linksgrüne Stadtregierung lieber auf Symbolpolitik und belohnte ihre eigene politische Jugend - ein zu tendenziöses, ja sogar unwürdiges Verhalten.

Mit der Wahl einer Grünliberalen in den Stadtrat erhöht sich nun das politische Ungleichgewicht, das ehemalige Verhältnis von 4:3 war ausgeglichener und breiter abgestützt - relativ egal, ob die Waage nach links oder rechts kippt. Die Ausgangslage ist prekärer denn je. Statt nun aber den Kopf in den Sand zu stecken, müssen wir Bürgerlichen aktiv

Fortsetzung Seite 6

**IN DEN BESTEN
HÄNDEN FÜR
FAHRFREUDE.**

**HUTTER DYNAMICS AG
WINTERTHUR.**

Hutter Dynamics AG
Hegmattenstrasse 3
8404 Winterthur
Tel. 052 244 77 77
www.hutter-dynamics.ch



darauf hinarbeiten, bei den nächsten Gesamterneuerungswahlen 2022 die links-grüne Mehrheit anzugreifen und im Minimum den dritten bürgerlichen Sitz zurück zu erkämpfen.

Gerade die GLP als klassische Windfahnenpartei wird sich in diesen zwei Jahren durch ihr Bündnis mit SP/Grüne angreifbar machen - diese Scheinehe kann nicht lange halten.

Für eine ausgewogene Politik müssen alle Kräfte vertreten sein. Nun hat Winterthur 5:2 - von Ausgewogenheit ist da keine Spur. Bleiben wir also dran!

Bürgerliche Politik ist nun wichtiger denn je – Herzlichen Dank für die Unterstützung

von Severin Hosang, Geschäftsführer / Wahlkampfleiter FDP Winterthur

Urs Hofer überzeugte im Winterthurer Stadtratswahlkampf mit starken Botschaften und vertrat die freisinnigen Werte beispielhaft. Für eine Mehrheit reichte es aufgrund der Konstellation leider nicht, um den Stadtratsitz von Barbara Günthard-Maier zu verteidigen. Urs Hofer ist und bleibt ein Leader der jungen, modernen Generation FDP, welcher sich als Fraktionspräsident im Winterthurer Gemeinderat nun umso stärker für eine innovative Arbeitsstadt, eine attraktive Wohnstadt und eine moderne Bildungsstadt einsetzen wird.

Bürgerliche Politik ist nun wichtiger denn je. Die Ansiedelung neuer Unternehmen und guter Steuerzahler*innen sind zentrale Elemente für die Zukunft Winterthurs. Ebenso braucht es nun finanzielle Disziplin, um Spielraum für die notwendigen Weichenstellungen der nächsten Jahre zu schaffen.

Im Rahmen des Wahlkampfes konnte die FDP Winterthur bei verschiedenen Gelegenheiten die Stärken und Werte freisinniger Politik vertreten: Parteipräsidentin Petra Gössi unterstrich mit ihrer Teilnahme am Wahlauftritt die Wichtigkeit der urbanen Werte des Freisinns, Nationalrat Andri Silberschmidt hob bei seiner Teilnahme an einem Podium zu Innovation und Startups die herausragenden Quali-

kationen von Urs Hofer (nicht nur) in diesem Themenfeld hervor – und beim Schlussmobilisierungsevent auf dem Winterthurer Neumarkt legten Vertreter*innen der bürgerlichen Partner und der Wirtschaftsverbände eindrücklich dar, warum es bürgerliche Politik in Winterthur im Rahmen der neuen Konstellation im Stadtrat nun umso mehr braucht.

Die FDP Winterthur dankt Urs Hofer herzlich für seinen riesigen Einsatz im Wahlkampf – und allen Unterstützer*innen, insbesondere

aus der Parteibasis, für das grosse Engagement auf der Strasse, im persönlichen Umfeld, finanziell und ideell. Wir stecken den Kopf nicht in den Sand und sind nun umso motivierter, mit den bürgerlichen Partnern im Rahmen der Gesamterneuerungswahl 2022 eine (mindestens!) angemessene bürgerliche Vertretung im Winterthurer Stadtrat wiederherzustellen.



Womit steht und fällt eine erfolgreiche Fusion?

von Linda Mathis, Präsidentin FDP Bezirk Andelfingen



Unter diesem Titel lud die FDP Bezirk Andelfingen, ihre Mitglieder zu einem Vortrag mit anschliessender Diskussion ein. Dies im Vorfeld der Mitgliederversammlung, an welcher weitere wichtige Themen wie die Renteninitiative diskutiert wurden.

Rüdi Bertels, ehemaliger Gemeinderat und Schulgemeindepräsident von Bauma, erläuterte den Zusammenschluss der Gemeinden Bauma und Sternenbergr. Was waren aus seiner Sicht die zentralen Erfolgsfaktoren «seiner» Fusion?

Erstens: stichhaltige und nachvollziehbare Gründe für einen Zusammenschluss – emotional und sachlich. **Zweitens:** möglichst einfach verständlich, klare nachvollziehbare Kommunikation, das heisst klar kommunizieren, was erhalten und was verändert wird. **Drittens:** die Fusion muss wirtschaftlich sinnvoll sein, das heisst für alle Beteiligten Vortei-

le haben. **Viertens:** es darf keinen Verlierer geben. Es muss ein gegenseitiges Geben und Nehmen sein und alle Beteiligten müssen profitieren. **Fünftens:** Eindeutige und einheitliche Signale der Behörden. Und **sechstens:** Eine Fusion braucht Zeit. Alle müssen genügend Zeit haben, sich mit der Fusion auseinander zu setzen. Bei Bauma-Sternenbergr vergingen rund 8 Jahre von den ersten Gesprächen bis zur erfolgreichen Fusion (Eingemeindung).

Was heisst dies nun für Andelfingen? Wie beurteilen wir diese Kriterien in Bezug auf die geplante Grossfusion der 6 Gemeinden? Diese und weitere Fragen wurden unter den Anwesenden rege und kontrovers diskutiert. Der Tenor war, dass Gemeindefusionen ernsthaft geprüft werden müssten und in Zukunft Gemeinden eine gewisse Grösse aufweisen müssen. Im konkreten Fall, für die «Grossfusion» im Raum Andelfingen waren jedoch die Vorteile der Fusion nicht für alle Anwesenden klar ersichtlich. Das Referat half sicher allen Anwesenden, eine eigene Meinung zu bilden oder die bestehende zu festigen.

Nach dem Referat wurde die ordentliche Mitgliederversammlung durchgeführt. Unter anderen standen diverse Wahlen an. Neu wurde der 22-jährige Manuel Conrad aus Andelfingen in den Vorstand gewählt. Er ersetzt die abtretenden Mitglieder Philippe Bertschi und Andreas Knöpfli, die mit Dank

für ihre geschätzten, langjährigen Dienste verabschiedet wurden.

Bezirksrat

Seit bald 12 Jahren ist Christa Zulliger im Bezirksrat. Sie findet es sei an der Zeit, jüngeren Kräften Platz zu machen und wird nach dieser Amtsperiode zurücktreten. Für sie tritt Beatrice Salce langjährige Gemeindepräsidentin von Benken, zu den Erneuerungswahlen des Bezirksrats im nächsten Jahr an. Einstimmig wurde ihre Kandidatur von allen Anwesenden bestätigt.

Renteninitiative

Ein weiterer Schwerpunkt des Abends gehörte der Altersvorsorge – genauer der AHV. Patrick Eugster, Jungfreisinnige, stellte eindrücklich dar, wie gravierend sich deren finanzielle Perspektiven in den nächsten Jahren verschlechtern. Rund 200 Milliarden Franken fehlen der 1. Säule in den nächsten 25 Jahren. Zum Vergleich: Die Schulden durch Corona beziffert der Bund auf 20 Milliarden Franken – also rund ein Zehntel des anfallenden AHV-Defizits. Handlungsbedarf ist also dringend angezeigt, und die Lösung hierzu heisst Renteninitiative. Die eidgenössische Volksinitiative möchte die AHV nachhaltig sichern, indem nach dem Vorbild zahlreicher europäischer Länder das Rentenalter an die Lebenserwartung geknüpft wird. Die Sammlung der notwendigen 100'000 Unterschriften läuft noch bis nächsten Juli.



Roth Gerüste AG
 Allmendstrasse 22
 8413 Neftenbach
 Tel. 052 209 07 20
winterthur@rothgerueste.ch
www.rothgerueste.ch

roth gerüste
 wenn Schönes entsteht

Terminkalender

Datum	Zeit	Organisation	Anlass	Zusatzinformation
12.11.20	18.30	JFW	Führung Haus Adeline Favre / neues Gebäude ZHAW Gesundheit	Anmeldung: info@jfw.ch (max. 25 Personen)
21.11.20	10.00	FDP Frauen	Weihnachtsevent	
18.12.20	19.00	JFW	Weihnachtsessen JFW (Anzahl Plätze begrenzt)	Plätze prioritär an JFW
09.01.21	10.00	FDP Winterthur	Neujahrsapéro	Details siehe unten
20.01.21	19.30	FDP Winterthur	Parteiversammlung	Hotel Wartmann
19.05.21	18.00	FDP Winterthur	Parteiversammlung und GV	
06.07.21	19.30	FDP Winterthur	Parteiversammlung	Hotel Wartmann
01.09.21	19.30	FDP Winterthur	Parteiversammlung	Hotel Wartmann

Neujahrsapéro der FDP Winterthur

Samstag, 9. Januar 2021, 10.00 Uhr

AXA Culinarium, Museumstrasse 15, Winterthur



Referat von Monika Rühl, Vorsitzende der Geschäftsleitung von economiesuisse

Krise als Chance verstehen

Die Corona-Pandemie hat die Wirtschaft mit voller Wucht getroffen. Wie schon in früheren Krisen beweisen Schweizer Unternehmen, dass sie sich rasch an neue Begebenheiten anpassen können. Um diese Agilität und Selbstverantwortung zu stärken, müssen die Rahmenbedingungen stimmen und wir müssen auf dem aufbauen, was uns stark gemacht hat. Gleichzeitig ist auch Mut zur Veränderung nötig. Nur so wird der Wirtschaftsstandort Schweiz auch für zukünftige Herausforderungen gewappnet sein. Monika Rühl, Vorsitzende der Geschäftsleitung von economiesuisse, spricht über die Aussichten für die Schweizer Wirtschaft und die Chancen, die es jetzt zu ergreifen gilt.

Musikalischer Umrahmung und anschliessender Apéro

Wir freuen uns auf zahlreiche Gäste an diesem traditionsreichen Anlass zum Start ins Neue Jahr.

Ihre Anmeldung bitte an: info@fdp-winterthur.ch

Alle Termine immer aktuell unter: www.fdp-winterthur.ch

Impressum: Redaktion und Layout: Dieter Kläy, Monica Schaub und Patrick Brunner
FDP Winterthur, Neumarkt 15, 8400 Winterthur,
Tel. 052 212 84 43, info@fdp-winterthur.ch, PC Konto 84-1190-2